

Neues aus dem Merziger Stadtrat

Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat in seiner Sitzung am 27.02.2020 folgende Beschlüsse gefasst:

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Ehemalige Markthalle"; Einleitung des Verfahrens

Die AFP GmbH plant in der Merziger Innenstadt zwischen Schank-, Bahnhof-, Brauer- und Kasinostraße nach Abriss der Markthalle den Bau eines neuen fünfstöckigen Büro- und Geschäftskomplexes. Durch die Aufstellung des Bebauungsplans, der der Rat mit 26 Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen zustimmte, sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Neubebauung des Grundstücks geschaffen werden. Dem Antrag der Grünen (Ausweisung eines Radweges über das Gelände; vorgesezte Fassadenbegrünung zur Verbesserung des Mikroklimas und als „Auflockerung“ des Baukörpers; Errichtung von Photovoltaik auf den Dachflächen mit Unterbewuchs trockenheitsbeliebender Vegetation; Anlage eines Durchgangs zwischen den beiden Gebäuden (Barmer und neues Gebäude) als öffentlich nutzbare Verbindung zwischen dem überplanten Bereich zur Schankstraße) folgte der Rat nicht und lehnte ihn mit fünf Ja-, 24 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen ab.

Entschädigung von Stadtratsmitgliedern; hier: Kosten für die Betreuung von Kindern und kranker/pflegebedürftiger Familienmitglieder während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse

Der Antrag der Grünen-Fraktion auf Erstattung von Kosten für die Betreuung von Kindern und kranker/pflegebedürftiger Familienmitglieder von Stadtverordneten während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse wurde zurückgezogen. Stattdessen solle abgewartet werden, bis über eine Initiative des Saarländischen Städte- und Gemeindetages auf Änderung der Vorschriften des KSVG entschieden ist.

Städtebauförderung

Der Gebietszuschnitt für den Programmteil „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ sowie die Meldung Städtebauförderung 2020 wurden mit 30 Ja-Stimmen und einer Enthaltung vom Stadtrat beschlossen. Für das Programmjahr 2020 sollen gemeldet werden: Umfeld und Umgestaltung Hauptbahnhof, Zugang und städtebauliche Gestaltung des Saarufers am Stadtpark.

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz - Änderung der Belegung des Fördervolumens

Der Rat beschloss einstimmig, das Fördervolumen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes Kapitel I (KInvFG I) mit zusätzlichen Maßnahmen an der Krippe Ballern (u.a. Anbringung eines Vordaches als Wetterschutz) sowie mit den neuen Maßnahmen „Zusätzliche Sanierungen KiTa St. Peter“ (Austausch Innentüren, Montage Akustikdecken mit LED-Beleuchtung, Erneuerung Sanitärobjekte) und „Ersatzbeschaffung von zwei Mannschaftswagen für die Feuerwehr“ zu belegen.

Forstwirtschaftsplan 2020

Der Stadtrat beschloss mit 23 Ja-, fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen den Forstwirtschaftsplan 2020. Die Aufwendungen betragen 1.114.205 €, die Erträge für 2020 belaufen sich auf 1.150.798 €. Dies ergibt einen Gewinn in Höhe von 36.593 €.

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2020

Der Stadtrat beschloss mit 26 Ja-, zwei Nein-Stimmen und vier Enthaltungen die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2020 (siehe separater Bericht in dieser Ausgabe). Einem Antrag der Grünen auf Namensänderung einer Buchungsstelle („Bereich Gustav Regler-Platz“ statt „Seffersbachbereich“) stimmte der Rat mit selber Mehrheit zu. 21 weitere Änderungsvorschläge der Grünen-Fraktion zu Haushaltsansätzen lehnte der Rat mit sechs Ja-, 25 Nein-Stimmen und einer Enthaltung ab. Dem Antrag der CDU-Fraktion, die Buchungsstelle „Bewirtschaftungskostenzuschüsse Sportvereine“ mit einem Sperrvermerk zu versehen, folgte der Rat mit 30 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Beteiligungsbericht 2019

Die Kreisstadt Merzig hat zur Information des Stadtrates sowie der interessierten Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen. Der Stadtrat nahm den Beteiligungsbericht 2019 einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Nutzungsverträge im Zusammenhang mit der Errichtung von Windenergieanlagen

Der Stadtrat beschloss mit 28 Ja-Stimmen und einer Enthaltungen, mit der Green City Windpark Merzig GmbH & Co. KG Nutzungsverträge für die Zuwegung, die Verlegung und den Betrieb von Kabeltrassen im Rahmen der Errichtung von zwei Windenergieanlagen nord-östlich von Merchingen abzuschließen.

Eisenbahnstrecke zwischen Merzig und Losheim am See reaktivieren

Die Grünen-Fraktion stellte folgenden Antrag: 1. Der Stadtrat fordert den Bürgermeister auf, mit dem Bürgermeister der Gemeinde Losheim am See Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel zu prüfen, inwieweit die Gemeinde Losheim am See auch als Eigentümer eines Teilabschnittes der Eisenbahnstrecke innerhalb des Stadtgebietes sich eine Zusammenarbeit zur möglichen Reaktivierung der Strecke vorstellen könnte; 2. Der Stadtrat fordert den Bürgermeister auf, Gespräche mit dem Verkehrs- und Innenministerium aufzunehmen, um Realisierungsmöglichkeiten und Fördermöglichkeiten zu erörtern; 3. Der Stadtrat fordert den Bürgermeister auf, möglichst in der Stadtratssitzung am 02.04.2020 über das Ergebnis der Gespräche zu berichten.

Ein in der Sitzung gestellter Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde einstimmig beschlossen: Zur Reaktivierung der Eisenbahnstrecke zwischen Losheim und Merzig mit paralleler Radverkehrsinfrastruktur soll die Verwaltung Gespräche mit der Gemeinde Losheim und den zuständigen Ministerien aufzunehmen, mögliche Fördermöglichkeiten ermitteln sowie den Stadtrat in einer der nächsten Sitzungen über die Gesprächsverläufe öffentlich unterrichten.

Merzig auf die prognostizierte Hitzezeit vorbereiten

Folgender Antrag der Grünen-Fraktion wurde vom Rat mit acht Ja-, 19 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt: 1. Das Durchgrünungskonzept ist für alle Stadtteile fortzuschreiben; 2. Die im Durchgrünungskonzept bereits vorgeschlagenen Maßnahmen sind zeitnah umzusetzen. 3. Dieses Thema ist zu einem zentralen Leitgedanken in der Stadtplanung zu machen; 4. Aktuelle Planungen sind entsprechend zu ergänzen bzw. anzupassen; 5. Die Baumschutzsatzung ist zeitnah in Kraft zu setzen, um weitere Baumverluste zu vermeiden; 6. Erstellen eines Baumkatasters, in dem der Gesundheitszustand etc. der Bäume auf öffentlichem Eigentum erfasst wird und

erforderliche Maßnahmen (Ersatz, Pflege etc.) abgeleitet werden; 7. Entwicklung von Vorschlägen (Projekt) zur Fassadenbegrünung und zur Anlage vertikaler Gärten. Stattdessen stimmte der Rat mit 26 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen folgendem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu: 1. das Durchgrünungskonzept in allen Stadtteilen umzusetzen und stetig fortzuführen; 2. dem Bürger das Durchgrünungskonzept näher zu bringen und die Notwendigkeit auch privater Initiativen deutlich zu machen; 3. mit eigenen Aktionen als Vorbild zu fungieren; 4. in den Baugenehmigungsverfahren den Bauherren zielführende Informationen und Empfehlungen an die Hand zu geben.

Stadtrat stellt sich dem Biodiversitätsverlust entgegen

Der Stadtrat lehnte mit sechs Ja-, 19 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen den folgenden Antrag der Grünen-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution ab: 1. Der Stadtrat erklärt die Biodiversitätskrise und erkennt damit die Eindämmung des laufenden Artensterbens und seiner unabsehbaren ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen als Aufgabe höchster Priorität an. 2. Der Rat verpflichtet sich dazu, seine Eigentumsflächen, unabhängig ob Außen- oder Innenlagen und unabhängig ob in Eigenregie bewirtschaftet oder verpachtet, im Sinne von Biodiversitätszielen (Förderung der Artenvielfalt und Aufwertung ihrer Lebensräume) vorbildlich zu bewirtschaften. 3. Der Rat erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um dem laufenden Artensterben wirksam zu begegnen. Ab sofort werden deshalb alle Vorhaben und Entscheidungen vor Beschlussfassung hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Biodiversität überprüft. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Januar 2020 ein gesonderter Absatz „Auswirkungen auf die Biodiversität“ in die Sitzungsvorlagen übernommen. Bei einer Auswirkung muss diese in enger Abstimmung mit dem städtischen Umweltamt, möglichst auch mit dem örtlichen ehrenamtlichen Naturschutz, in der Begründung konkretisiert werden. 4. Der Rat fordert den Bürgermeister auf, dem Rat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität zu berichten. 5. Der Rat empfiehlt den anderen saarländischen Kommunen, dem Vorbild der Stadt Merzig zu folgen, um eine möglichst große Flächenwirkung zu erreichen. 6. Der Rat macht Land und Bund darauf aufmerksam, dass Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen (Landwirtschaftspolitik, Forstpolitik, Jagdpolitik etc.) erschwert werden. 7. Der Rat fordert auch die städtischen Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten den Zielen für mehr Biodiversität auseinanderzusetzen und dem Rat dazu jährlich Bericht zu erstatten.

Stattdessen fand folgender Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit 24 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen die Zustimmung des Rates: Zur Eindämmung des Artensterbens sollen 1. alle in Eigenregie bewirtschafteten Eigentumsflächen der Kreisstadt Merzig zur Aufwertung der Lebensräume und zur Förderung der Artenvielfalt bepflanzt und gepflegt werden; 2. Verwaltungsvorlagen sollen beim Flächenverbrauch noch stärker an Klima- und Artenschutz orientiert verfasst werden; 3. dem Stadtrat soll jährlich in einer öffentlichen Sitzung über den Fortschritt bei lebensraumverbessernden Maßnahmen auf städtischen Flächen berichtet wird; 4. Kommunale Betriebe mit Beteiligung der Kreisstadt Merzig sollen in die Gesamtüberlegungen zum Artenschutz noch stärker eingebunden werden; 5. die bereits eingerichtete "AG Klima" soll zu einer "AG Klima und Biodiversität" erweitert werden; 6. die saarländische Biodiversitätsstrategie und die "Naturschutz- Offensive 2020" der Bundesregierung sollen im Einklang mit allen Betroffenen (Landwirte, Naturschutzverbände; Bürgerschaft etc.) Berücksichtigung finden.

Ein ebenfalls gestellter Antrag, das Thema in die zuständige Arbeitsgruppe zu verweisen, lehnte der Rat mit sieben Ja-, 18 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen ab.

Auwald

Die Grünen-Fraktion stellte folgenden Antrag: Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, folgende Flächen in ein Bewaldungskonzept einfließen zu lassen: 1. Gemarkung Besseringen, Flur 4 die Flurstücke 1176 und 1100, Flur 5 die Flurstücke 824 und 825 und 821, Gesamtfläche von rund 4 Hektar; 2. Flächen in der Ballerner-Hilbringer Au, östl. BAB 8, Gesamtfläche ca. 13 Hektar und in der Ballerner-Hilbringer Au – westlich BAB 8 von ca. 3 Hektar und Hilbringer Au von ca. 3 Hektar.

Folgender erweiterter Antrag der CDU-Fraktion, der die Punkte des Grünen-Antrages beinhaltet, wurde einstimmig beschlossen: Das städtische Bewaldungskonzept soll zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Hierfür sollen auch potentielle Standorte für Auenwälder (Hartholz- und Weichholzaue) mit einbezogen werden, um weitere wichtige ökologische und touristische Bausteine in der Gesamtkonzeption der Klimaschutzkommune Merzig zu schaffen. Die Stadtverwaltung soll neben Flächen in der Gemarkung Besseringen und in der Au bei Hilbringen und Ballern alle potentiellen Flächen bei der Standortüberprüfung berücksichtigen und untersuchen.

Begrünungsmaßnahmen dem Artenschutz anpassen

Die Grünen-Fraktion stellte den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, ab sofort bei allen Begrünungsmaßnahmen im Stadtgebiet ausschließlich heimische, nicht überzüchtete Pflanzenarten zu verwenden, sowie ab sofort diese Begrünungsmaßnahmen an Artenschutzzielen zu orientieren, insbesondere die Verbesserung der Lebensbedingungen für Insekten- und Vogelarten.

Dem erweiterten Antrag der SPD-Fraktion stimmte der Stadtrat einstimmig zu: 1. Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, ab sofort nur noch ausgewählte, heimische Pflanzen- und Baumarten zu verwenden und vor allem keine Zierpflanzen für Begrünungsmaßnahmen zu nutzen, denen ein über den reinen Zierwert hinausgehender Nutzen fehlt. 2. Der Stadtrat fordert zudem seitens der Stadtverwaltung die Erstellung einer Auflistung heimischer, für unsere Region typischer Pflanzen- und Baumarten, die sich für die Bepflanzung im öffentlichen Raum eignen. 3. Dieser von den städtischen Gärtnermeistern erarbeitete Katalog soll zeitnah dem zuständigen Fachausschuss vorgelegt und in diesem beraten werden. 4. Letztlich sind die Begrünungsmaßnahmen mit Blick auf den Artenschutz - unter Verwendung der in besagtem Katalog aufgeführten Pflanzen - in allen Stadtteilen der Kreisstadt Merzig verbindlich umzusetzen.

Resolution zum Thema "Klimakrise"

Auf Antrag der Grünen-Fraktion, einen Resolutionstext zum Thema „Klimanotstand“ zu beschließen, bildete der Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung eine Arbeitsgruppe. In dieser Arbeitsgruppe, in der alle Fraktionen die Möglichkeit der Mitwirkung hatten, wurde gemeinsam und einvernehmlich die nachstehende Erklärung, der der Stadtrat einstimmig zustimmte, erarbeitet: „Klimakrise“ - Gemeinsame Erklärung des Stadtrates Merzig zur kommunalen Verantwortung: 1. Der Stadtrat erkennt die Eindämmung des Klimawandels als kommunale Aufgabe mit vordringlicher Priorität an und stellt sich seiner Verantwortung. 2. Der Stadtrat befürchtet, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. 3. Um zu versuchen, die vielfältigen Folgen der Klimakrise zu begrenzen, wird der Stadtrat zukünftig verstärkt sein Handeln an ökologischen, gesellschaftlichen, und ökonomischen Rahmenbedingun-

gen ausrichten. Er wird in seinen Beratungen die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigen und bei Entscheidungen mit potentielltem Bezug auf Klima und Umwelt Lösungen bevorzugen, die sich möglichst nachhaltig positiv auf Klima und Klimaschutz auswirken. 4. Hierzu sind zukünftig bei sämtlichen Vorhaben für politische Beschlussfassungen die Auswirkungen auf das Klima kurz zu erläutern und bei möglichen negativen Auswirkungen Alternativen aufzuzeigen. 5. Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, das Klimaschutzkonzept fortzuschreiben und den Klimaschutz in das Leitbild der Kreisstadt sowie in Konzepte und Planungen einfließen zu lassen. Umwelt- und klimaverträgliche Verkehrskonzepte sind mit Nachdruck in den Blick zu nehmen und zu fördern. Gleiches gilt für Konzepte zum Ausbau regenerativer Energien und zur Land- und Waldbewirtschaftung. 6. Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, die CO²-Bilanz städtischer Liegenschaften und Vorhaben kontinuierlich fortzuschreiben und dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich zu berichten. 7. Der Stadtrat Merzig geht mit seinen Maßnahmen zum Klimaschutz mit gutem Beispiel voran und ermutigt so andere Kommunen und die Landesregierung, ebenfalls für mehr Klimaschutz einzutreten und die Kommunen dabei zu unterstützen. Ferner beschloss der Rat die dauerhafte Fortführung der Arbeitsgruppe "Klimaziele für die Kreisstadt Merzig".

Die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Stadtratssitzungen sind in vollständiger Form im Internet unter <http://www.merzig.de/stadtrat> veröffentlicht.